

P R O T O K O L L
der 379. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 25. Oktober 2016
Zeit	19.30 – 20.30 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Raafflaub Ruth Thut Walter (Traktandum 5)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brügger Yong (ab 19.35 Uhr), Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Humm Martin, Kästli Marc, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Lauper Reto, Legler Bettina, Mäder Renate, Müller Frei Lisa, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, von Gunten Adrian, Waber Rudolf, Wegmüller Beat, Weibel Raphael
Stimmenzählende	Brunner Joe, Reimers Markus
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Rutschi Reto, Finanzverwalter (Traktandum 2)
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Annik, Damke Andreas, Jordi Kevin, Mallepell Elisabeth, Wälti Mathias
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte

7

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 20. September 2016	585
2	Finanzen	585
	A) Genehmigung des Investitionsplans 2016 - 2021	
	B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2017	
	C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2016 - 2021	
3	Aarebad Muri; Sanierung der Leitungssysteme Bade-, Schmutz- und Trinkwasser; Anpassung und Aufrüstung Wasseraufbereitungsanlage; Verpflichtungskredit	592
4	Motion forum betreffend Vision Bärtschihus	594
5	Postulat Raaflaub (FDP); Littering in der Gemeinde; Zwischenbericht	596
6	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	597
7	Neue parlamentarische Vorstösse	598

Die Vorsitzende eröffnet die 379. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 34 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal. Seitens der Verwaltung begrüsse sie Reto Rutschi, Finanzverwalter, welcher beim Traktandum 2 zur Verfügung stehen werde.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 **Protokoll der Sitzung vom 20. September 2016**

Eva Schmid (SP) beantragt folgende Berichtigung:
Traktandum 5, Seite 577, letzter Satz ihres Votums: *"Sie bedanke sich, wenn der Gemeinderat auch weiterhin gut hinschaue"*.

Beschluss

Das Protokoll wird unter Berücksichtigung der obgenannten Korrektur genehmigt.

2 **Finanzen**

- A) Genehmigung des Investitionsplans 2016 – 2021**
- B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2017**
- C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2016 – 2021**

Die Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen und orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Finanzverwalter Reto Rutschi zur Verfügung.

Beat Wegmüller führt aus, die GPK habe im Beisein des Finanzverwalters den Investitionsplan, das Budget 2017 und den Finanzplan ausführlich behandelt. Zuerst danke er im Namen der GPK der Finanz- und Gemeindeverwaltung sowie der Finanzkommission für die umfangreiche und gute Arbeit. Alle Fragen aus dem Kreis der GPK hätten vollständig und ausführlich beantwortet werden können. Der Investitionsplan zeige, dass nach wie vor ein grosser Nachholbedarf bei den Investitionen bestehe. So hätten wir im Jahr 2019 eine Investitionsspitze von CHF 11,3 Mio. Beim Budget 2017 werde ein Defizit von total über CHF 900'000.00 ausgewiesen. Auch wenn ein so grosses Minus unschön sei, würden alle hoffen, dass schlussendlich die Rechnung 2017 besser als das Budget ausfallen werde. Zu diskutieren habe in diesem Zusammenhang auch gegeben, ob die geplante Desinvestition Brügglweg ins Budget 2017 aufgenommen werden sollte. Damit würde auch das Defizit entfallen. Die GPK sei der Meinung, dass die bisherige Praxis weitergeführt und derartige Desinvestitionen nicht budgetiert, sondern erst rechnungswirksam werden sollten. Bekanntlich hätten nicht alle Desinvestitionen wie geplant realisiert werden können. Bei den Finanzkennzahlen habe der Selbstfinanzierungsgrad im Jahr 2017 von nur 24 % für Diskussionen gesorgt. Im Hinblick auf die geplanten Investitionen werde sich dieser kaum merklich verbessern. Auch wenn sich die Verschuldung noch im Planungsgrenzbereich bewege, sei sie in Zukunft genau zu hinterfragen. Die GPK beantrage dem Rat einstimmig, den Investitionsplan 2016 - 2021 und das Budget 2017 zu genehmen und vom Finanzplan 2016 - 2021 Kenntnis zu nehmen.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, zum zweiten Mal sei das Budget nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) erstellt worden, mit einer unveränderten Steueranlage im allgemeinen Haushalt von 1,2 und einem Aufwandüberschuss von CHF 826'370.00. Für 2017 könne zum dritten Mal in Folge ein Budget mit einem – mit Blick auf das Gesamtvolumen von rund CHF 68 Mio. – geringen Aufwandüberschuss vorgelegt werden. Im Vergleich zum Budget 2016, welches einen Aufwandüberschuss von knapp CHF 300'000.00 vorsehe, ergebe sich eine Verschlechterung aus verschiedenen Faktoren: Zu erwähnen sei insbesondere der 2017 merklich höhere Beitrag in den Finanzausgleich von rund CHF 11,6 Mio., was einer Erhöhung von etwa CHF 600'000.00 entspreche. Ebenfalls müsse die Zahlung an den kantonalen Lastenausgleich für die Sozialhilfe um rund CHF 200'000.00 höher eingestellt werden als im laufenden Jahr. Schon nur diese beiden Faktoren würden das Defizit von rund CHF 800'000.00 erklären. Während der erwartete Steuerertrag stagniere, profitiere das Budget 2017 immerhin von tieferen Abschreibungen, da dank des guten Rechnungsabschlusses 2015 zusätzliche Abschreibungen vorgenommen und damit die Folgejahre um jährlich CHF 400'000.00 entlastet würden. Zudem stehe die Desinvestition des ehemaligen Kindergartens Brügglweg mit einem erwarteten Erlös von ca. CHF 1,3 Mio. an und wenn es klappe, werde der Rat im Januar nicht nur auf die neue Legislatur anstossen, sondern auch auf den Verkauf der Liegenschaft Brügglweg. Wenn der Verkauf zustande komme, werde kein Defizit, sondern ein Überschuss von rund einer halben Million Franken vorliegen. Finanzverwaltung, Finanzkommission und Gemeinderat seien unisono der Meinung gewesen, dass das Geschäft erst nach der Verschreibung und der Anmeldung im Grundbuch rechtsgültig zustande gekommen sei. Dies sei frühestens 30 Tage nach dem GGR-Beschluss der Fall; das Parlament sei finanzgebendes Organ und es wäre ja möglich, dass der Rat nicht zustimmen wolle, was er zwar nicht hoffe. Es handle sich also noch nicht um eine "sichere Einnahme" und diese sollte somit auch nicht budgetiert werden. Für den Vergleich in den künftigen Jahren sei dies vielleicht auch besser, handle es sich doch um eine einmalige Einnahme.

Zur Erreichung des in den Augen der Finanzkommission und des Gemeinderats vertretbaren Defizits sei zudem grosses Gewicht auf eine sorgfältige Budgetierung des beeinflussbaren Sach- und übrigen Betriebsaufwands gelegt worden. Dieser sei gegenüber dem Budgetwert 2016 sogar um 0,6 % tiefer. Dies heisse, dass alle

betroffenen Stellen ihre Eingaben sehr seriös gemacht hätten. Beat Wegmüller als GPK-Sprecher habe schon erwähnt, dass bei den Finanzkennzahlen der Selbstfinanzierungsgrad im Jahr 2017 mit 24 % prognostiziert werde. Dass dies mittelfristig zu Problemen führen könne, sei dem Gemeinderat durchaus bewusst und er werde die Entwicklung dieser Kennzahl genauestens beobachten. Er habe jedoch davon abgesehen, für das nächste Jahr bereits Konsequenzen zu ziehen und Investitionen zurückzustellen. Am 12. Februar 2017 werde über das Unternehmenssteuerreformgesetz III abgestimmt. Werde dieses angenommen, möchte man vorab die Auswirkungen auf unsere Gemeinde kennen. Man könne nicht sagen, ob uns dies einen Steuerzehntel koste oder nicht. Es werde die Aufgabe des Gemeinderats sein, dem Parlament oder gegebenenfalls dem Stimmvolk ausgewogene Budgetvorlagen zu unterbreiten. Mit der beantragten gleichbleibenden Steueranlage wahre die Gemeinde Muri bei Bern zudem die Attraktivität als eine der steuergünstigsten Standorte im Kanton Bern. Im Weltwochen-Rating seien wir an 165. Stelle, als beste Berner Gemeinde von 919 Gemeinden.

Investitionsplan: Die Investitionsrechnung sehe für das kommende Jahr 2017 Nettoausgaben im Umfang von CHF 8,37 Mio. vor. Der vorliegende Investitionsplan beinhalte Nettoinvestitionen von insgesamt CHF 45,7 Mio., was einem jährlichen Durchschnitt von CHF 7,6 Mio. entspreche. Die Investitionsspitze liege im Jahr 2019. In Kapitel 4, Seite 3 des Investitionsplans, sei in der 4. Zeile eine Zahl zu korrigieren: Die Investitionsspitze mit CHF 11,3 Mio. liege im Jahr 2019, nicht im Jahr 2018. Mit dem Investitionsplan gebe der Gemeinderat auch ein Bekenntnis ab, dass die Gemeinde in der Regel jährlich durchschnittlich CHF 7-8 Mio. investieren sollte, um ihre Attraktivität halten zu können.

Finanzplan: Der Finanzplan 2016 bis 2021 weise eine stabile Entwicklung des Finanzhaushaltes in den kommenden Jahren aus. Über die gesamte Dauer ab 2018 würden die erwarteten Unterdeckungen zwischen CHF 0,2 Mio. und CHF 0,6 Mio. liegen, was 0,07 bis 0,16 Steueranlagezehnteln entspreche. In einer Gesamtbeurteilung könne – Stand heute und aufgrund der Finanzplanung und verbunden mit einem Fragezeichen betreffend Auswirkungen USR III – insgesamt festgestellt werden, dass bei gleich bleibender Steueranlage in etwa ausgeglichene Jahresrechnungen zu erwarten seien.

Fazit: Die Gemeinde Muri bei Bern dürfe weiterhin für sich in Anspruch nehmen, dass sie ihren Finanzhaushalt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Weitsichtigkeit führe. Der Gemeinderat zeige mit dem Budget 2017 und dem Investitionsplan 2016 bis 2021 auf, dass auch in Zukunft alles daran gesetzt werde, damit die Gemeinde äusserst attraktiv bleibe. Er danke dem Rat für die Unterstützung der Anträge.

Die Vorsitzende erklärt, gemäss den kantonalen Vorschriften müsse das Budget durch das Parlament zwingend beraten werden. Aus diesem Grund werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Zur Beratung schlage sie folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan 2016-2021 kapitelweise, Budget 2017 kapitelweise, Finanzplan 2016-2021.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Rudolf Waber erklärt, die SP-Fraktion sage ja zum Investitionsplan 2016-2021, unterstütze das Budget 2017 und sage ja zum Finanzplan 2016-2021. Allerdings habe das budgetierte Ergebnis für das Jahr 2017 bei den Beteiligten der SP-Fraktion Stirnrunden ausgelöst. Dies vor allem auch, weil die Aufwandgrössen gegenüber dem Vorjahr kaum verändert seien. Beim Transferaufwand, wo die Leistungen der Gemeinde an den Finanz- und Lastenausgleich berücksichtigt seien, sei eine grössere Erhöhung budgetiert. Diese basiere auf einem höheren Steuerertrag. Die SP-Fraktion stelle deshalb fest, dass es auf der Aufwandseite nicht mehr viel Spielraum für tiefere Voranschläge gebe. Damit die Gemeinde in Zukunft zumindest ein ausgeglichenes Budget präsentieren könne, seien Anpassungen auf der Ertragsseite notwendig. Um hier Veränderungen zu erwirken, gebe es verschiedene Möglichkeiten. Aber um unmittelbar die Ertragsseite zu erhöhen, stehe für die SP eine Erhöhung des Steuersatzes im Vordergrund. Auch die Mitglieder der SP-Fraktion würden es schätzen, in einer der steuergünstigsten Gemeinden des Kantons zu wohnen. Doch bedenke man, dass bereits eine Erhöhung des Steuersatzes um einen Zehntel CHF 3,59 Mio. brutto ergebe, so resultiere daraus ein Spielraum für ein ausgeglichenes Budget. Auch mit einer Erhöhung eines Zehntels würden wir eine der steuergünstigsten Gemeinden im Kanton bleiben. Dasselbe lasse sich auch beim Satz der Liegenschaftssteuern sagen. Mit der Unternehmenssteuerreform III, die ab dem Jahr 2019 mutmasslich weniger Steuereinnahmen nach sich ziehe, seien solche Überlegungen ohnehin notwendig. Auch nehme gemäss Finanzplan die Verschuldung in den Jahren 2018 bis 2021 zu.

Christian Spycher führt aus, die SVP-Fraktion habe den Investitionsplan, das Budget 2017 und den Finanzplan eingehend geprüft. Die Lesbarkeit des Vorberichts nach HRM2 habe die SVP-Fraktion überzeugt und aus diesem Grund seien auch keine grossen Fragen daraus entstanden. Der Vorredner der GPK habe die Zusammenfassung zu den Zahlen schon erwähnt. Die SVP-Fraktion habe die im Finanzplan 2016-2021 unter dem Kapitel Erfolgsrechnung erwähnten Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III zur Kenntnis genommen und verzichte zum jetzigen Zeitpunkt – für eine stabile Entwicklung unserer Gemeinde – auf den Antrag einer Steuersenkung. Die letztjährige Aussage des Gemeindepräsidenten in Bezug auf das Projekt ASP 2015+ (Aufgaben- und Strukturüberprüfung) sei insofern zu korrigieren, als die im Zusammenhang mit der Motion "ASP mit Einbezug des Grossen Gemeinderates" aufgezeigte Projektorganisation gestartet sei und mögliche organisatorische und finanztechnische Szenarien dem Gemeinderat übergeben habe. Das Teilprojekt Arbeitsplatzbewertung sei aus Sicht der SVP nicht weiter, er zitiere die Aussagen des Gemeindepräsidenten aus dem letztjährigen Protokoll: *"... viel mehr Zeit beansprucht habe, als ursprünglich gedacht. Der Gemeinderat habe erst vor kurzem die weiteren verwaltungsinternen Prozessschritte in die Wege leiten können"*. Die SVP schliesse dieses Kapitel mit den Worten: "Es gibt viel zu tun, wir packen dieses Teilprojekt vernünftig in der neuen Legislatur an!" Die SVP-Fraktion stimme den Anträgen des Gemeinderats zum Investitionsplan und zum Budget zu und nehme positiv Kenntnis vom Finanzplan 2016-2021.

Patrick Rösli erklärt namens der forum-Fraktion, die Unterlagen zum Budget 2017 seien umfassend aufbereitet und die schriftlichen Erläuterungen im Vergleich zum letzten Jahr noch einmal weiterentwickelt worden. Er bedanke sich im Namen des forums ganz herzlich für die Vorarbeiten. Er nehme in seiner Fraktionserklärung zu den drei Geschäftsteilen A, B und C separat Stellung; zu Teil A etwas länger, zu den Teilen B und C etwas kürzer.

A) Genehmigung des Investitionsplans

In der letzten Planungsperiode seien CHF 35 Mio. für Investitionen vorgesehen gewesen. In der aktuellen Planperiode 2016-2021 seien Investitionen von CHF 46 Mio. eingestellt worden. Dies entspreche einem Anstieg des Investitionsvolumens um CHF 11 Mio. Das forum begrüsse die aktuelle Entwicklung. Betrachte man die einzelnen Jahre 2017, 2018 und 2019 im vorliegenden Investitionsplan, so seien pro Jahr zwischen rund CHF 8 Mio. bis CHF 11 Mio. vorgesehen. Auch hier verlaufe die planerische Investitionsarbeit im Sinne des forums. Er gehe jetzt noch auf vier Punkte des Investitionsplans ein, die aus Sicht des forums erwähnenswert erscheinen würden:

1. Die für 2017 vorgesehenen Investitionen von CHF 8,4 Mio. seien zu realisieren.
2. Die Position "0290 Verwaltungsliegenschaft" umfasse ein hohes Sanierungspaket von insgesamt CHF 4,6 Mio. in den Jahren 2018 und 2019. Das forum sei der Auffassung, dass das Parlament frühzeitig zu diesem Bauprojekt informiert werden sollte. Der Umbau des Kindergartens Horbern oder die Renovation des Aarebades seien erst kurz vor Baubeginn ins Parlament gekommen und damit zeitlich relativ knapp.
3. Die Position "3424 Villa Mettlen" sei im ASP-Arbeitsauftrag in Bearbeitung und deshalb sei die Ausrichtung noch unklar. Trotzdem erachte das forum die eingestellten CHF 29'000.00 als zu gering.
4. Position 2110/21020/2130 Schulbetrieb stelle CHF 740'000.00 für das Gesamtkonzept ICT Schule Variante 3 ein. Das forum gehe davon aus, dass es sich um ein technisches Konzept handle. Neben dem technischen Konzept brauche es aber auch ein schulisches bzw. pädagogisches Konzept. Dieses werde vom Kanton zwar vorgegeben, aber die Schulen von Muri könnten in einem gewissen Umfang auf die Umsetzung des kantonalen Konzepts Einfluss nehmen. Gerne hätte das forum ein paar Informationen zum schulischen bzw. pädagogischen Teil der Umsetzung des ICT-Konzepts.

Das forum stimme dem Investitionsplan 2016-2021 zu und ermuntere die Ressortverantwortlichen, zu den genannten vier Punkten zum gegebenen Zeitpunkt näher zu informieren.

B) Genehmigung des Budgets

Das forum werde das Budget 2017 mit den vier beantragten Beschlüssen genehmigen. Ein Augenmerk werde auf die in Kapitel 2.4. erwähnten sechs grösseren Investitionsobjekte gerichtet, die im nächsten Jahr CHF 4,5 Mio. von den geplanten CHF 8,4 Mio. ausmachen würden. Darunter sei auch das Gesamtkonzept ICT Schule, welches er vorhin erwähnt habe.

C) Finanzplan 2016-2021

Das forum nehme den Finanzplan 2016-2021 zur Kenntnis. Als zweckdienlich werde der Hinweis auf die Auswirkungen bei Einführung der Unternehmenssteuerreform III erachtet. Interpretation des forums: Falls diese umgesetzt werden sollte, müsste die ordentliche Steueranlage der Gemeinde Muri bei Bern um 1 Steueranlagezehntel erhöht werden.

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe den Investitionsplan, das Budget und den Finanzplan eingehend angeschaut und mit Freude festgestellt, dass die Unterlagen – wie schon seit Jahren – sorgfältig erarbeitet und vollständig seien. Die Fraktion bedanke sich dafür beim Gemeinderat und bei der Verwaltung. Es könne festgestellt werden, dass das Budget den Erwartungen entspreche, auch wenn niemand Freude an einem Defizit habe und gewisse Kennzahlen alles andere als berauschend seien. Man wisse aber, dass grosse anstehende Investitionen, verzögerte Investitionen und der ungewisse Ausgang der Abstimmung im nächsten Frühling unsere Finanzen ganz wesentlich beeinflussen könnten. Daher wäre es für irgendwelche Korrekturmassnahmen zu früh. Die Situation werde heute so beurteilt, dass man in Zukunft ganz genau hinschauen müsse, was mit unseren Finanzen passiere.

Die FDP/jf-Fraktion sei aber im Moment der Meinung, dass man so wie vom Gemeinderat beantragt "fahren" könne und sie werde dementsprechend den gemeinderätlichen Anträgen in allen Bereichen folgen.

Detailberatung Investitionsplan 2016 – 2021

Vorbericht, S. 1-4

Keine Bemerkungen

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung, S. 5

Keine Bemerkungen

Kapitel 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, S. 6

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Bildung, S. 7-9

Keine Bemerkungen

Kapitel 3, Kultur, Sport und Freizeit, Kirche, S. 10-12

Keine Bemerkungen

Kapitel 5, Soziale Sicherheit, S. 13

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, S. 14-16

Keine Bemerkungen

Kapitel 7, Umweltschutz und Raumordnung, S. 17-18

Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Volkswirtschaft, S. 18

Keine Bemerkungen

Kapitel 9, Finanzen und Steuern, S. 19

Keine Bemerkungen

Zusammenfassung, S. 19

Keine Bemerkungen

Prioritätsstufen gemäss Priorisierungsverfahren der Gemeinde Muri

Keine Bemerkungen

Detailberatung Budget 2017

Vorbericht, S. 1-10

Keine Bemerkungen

Übersicht, S. 11

Keine Bemerkungen

Allgemeine Verwaltung, S. 12-14

Keine Bemerkungen

Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, S. 15-17
Keine Bemerkungen

Bildung, S. 18-22
Keine Bemerkungen

Kultur, Sport und Freizeit, S. 23-27
Keine Bemerkungen

Gesundheit, S. 28
Keine Bemerkungen

Soziale Sicherheit, S. 29-34
Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 35-37
Keine Bemerkungen

Umweltschutz und Raumordnung, S. 38-40
Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 41
Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 42-44
Keine Bemerkungen

Sachgruppengliederung ER, S. 45-52
Keine Bemerkungen

Funktionale Gliederung IR, S. 53-57
Keine Bemerkungen

Produktgruppenbudget Feuerwehr AMG 2017
Keine Bemerkungen

Detailberatung Finanzplan 2016 – 2021

Vorbericht, S. 1-10
Keine Bemerkungen

Wichtigste Ergebnisse, S. 11
Keine Bemerkungen

Zusammenzug der Erfolgsrechnung, S. 12
Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, S. 13
Keine Bemerkungen

Planbilanz (Gliederung + Bewertung nach HRM1), S. 14
Keine Bemerkungen

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Beat Wegmüller noch von Thomas Hanke verlangt.

Die Vorsitzende erklärt, die Beschlüsse zu lit. B würden dem fakultativen Referendum unterliegen und sie hält die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest.

Beschluss

A) *Investitionsplan 2016 – 2021*

- Genehmigung des Investitionsplans 2016 – 2021

B) *Budget 2017 (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)*

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2017 (unverändert):
 - Ordentliche Steueranlage: das 1,20-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte;
2. Genehmigung der Feuerwehropflichtersatzabgabe mit 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100.00, maximal CHF 450.00;
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Budget 2017 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt;
4. Das Budget 2017 wird mit einem Aufwandüberschuss im Gesamthaushalt von CHF 908'270.00 und im allgemeinen Haushalt von CHF 826'370.00 genehmigt.

C) *Finanzplan 2016 – 2021*

- Kenntnisnahme des Finanzplans 2016 – 2021.

3 Aarebad Muri; Sanierung der Leitungssysteme Bade-, Schmutz- und Trinkwasser; Anpassung und Aufrüstung Wasseraufbereitungsanlage; Verpflichtungskredit

Die Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen.

Jürg Stettler erklärt, die GPK habe sich intensiv mit dem Muriabad befasst; dies mache er persönlich im Sommer oft. Es sei der GPK sehr glaubhaft gemacht worden, dass die Gesamtanierung sinnvoller sei, als alle Jahre wieder kleinere Reparaturen vorzunehmen. Die Leitungen seien zum Teil fast 36-jährig, teilweise könnten die Vorschriften nicht mehr eingehalten werden und aus Sicht der GPK mache es deshalb Sinn, dass die Sanierung wie beantragt durchgeführt werde. Eine Frage sei noch aufgeworfen worden, nämlich ob die Chlorierung notwendig sei oder ob allenfalls etwas Ökologischeres eingesetzt werden könnte. Barbara Künzi habe den GPK-Mitgliedern dazu eine ausführliche Stellungnahme per Mail abgegeben. Leider habe er seine Brille zu Hause vergessen; Barbara Künzi werde nachfolgend sicher noch ein paar Worte dazu sagen. Die GPK empfehle dem Rat, das Geschäft wie vorliegend zu genehmigen.

Barbara Künzi erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, das Geschäft sei in der GPK diskutiert worden. Die Botschaft sei schon sehr ausführlich, so dass sich keine wesentlichen Fragen zur Botschaft oder zum Kostenvoranschlag ergeben hätten. Die GPK habe ihr noch die Frage gestellt, ob man das Bad nicht anders als mit Chlor desinfizieren könne. Es gebe alternative Anlagen, aber es gelte einige Punkte zu beachten. Einerseits sei die Anlage vor ein paar Jahren von Chlorgas auf Chlorgranulat, sogenanntes Granudos, umgerüstet worden. Die Anlage genüge aber in Spitzenzeiten nicht und müsse von Hand nachreguliert werden. Granudos sei die weit verbreitetste Wasseraufbereitungsmethode für Freibäder; Ostermundigen habe gerade darauf umgerüstet. Andere Methoden wie Elektrolyseanlage oder Javel seien

entweder sehr teuer oder problematisch in der Bedienung. Ozon eigne sich nicht für Freibäder und werde lediglich als Zweitdosierung in Hallenbädern verwendet. Diese Auskünfte habe sie der GPK abgegeben. Sie sei der Meinung, dass wir weiterhin Granudos verwenden und die Anlage erweitern sollten, damit wir nicht nachregulieren müssten, der gesetzliche Weg gegangen werde und wir nicht in eine Abmahnung vom Kanton geraten würden.

Sie wolle nicht alles wiederholen, was in der Botschaft stehe. Mit dieser Gesamtsanierung werde ein funktionsfähiger, guter Stand angestrebt. Wie Jürg Stettler gesagt habe, seien die Leitungen zum Teil 36-jährig, ein Methusalemalter für Leitungen. Seit sie im Gemeinderat sei habe sie jedes Jahr gebetet, dass im Aarebad nichts Größeres passiere und der Betrieb eingestellt werden müsse. Jedes Jahr sei irgendetwas vorgefallen, sei es ein Leck, sei es eine Reparatur, die man habe ausführen müssen; man habe gewusst, dass es eine veraltete Anlage sei. Gott sei Dank sei in den vergangenen Jahren nichts passiert. Nun müsse aber wirklich eine Gesamtsanierung vorgenommen werden. Wenn der Rat dem Kredit zustimme, könnten die Arbeiten im Winter 2016/2017 ausgeführt werden. Sie habe heute noch einmal die Accuweather-App und einige Wettervorhersagen konsultiert. Der Winter sollte demnach mild werden und wir sollten mit grösster Wahrscheinlichkeit keine durchgefrorenen Böden haben, die das Bauen verhindern würden. Der Winter sollte dank "el niño" oder dank "la niña" sonnig, ein wenig regnerisch aber mit wenig Schnee werden.

Das Muribad koste uns Geld – sie komme immer beim Rat Geld abholen –, aber es sei ein Highlight, das schönste Bad westlich des Urals, ein Leuchtturm der Gemeinde. Sie bitte die Ratsmitglieder, Sorge dazu zu tragen, sich auf den Sommer 2017 zu freuen und dem Kredit zur Sanierung zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Andrea Corti führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, die Sanierungsarbeiten im Umfang von total CHF 730'000.00 für unser Aarebad würden sehr hoch erscheinen. Aber wie in der Botschaft zu lesen sei, seien die Leitungen, welche Wasser zu- und ableiten würden, seit 1978 zum Teil nur saniert, zum Teil ersetzt worden. Seit 2015 sei offenbar der Wasserverlust der Leitungen im Boden wieder angestiegen. Deshalb sei eine Sanierung nun endgültig nicht mehr zielführend und die Leitungen seien zu ersetzen. Ferner hätten auch die Druckleitungen für Schmutzwasser die technische Lebensdauer seit längerer Zeit überschritten und sollten in der Gewässerschutzzone nicht mehr wie bisher einwandig, sondern doppelwandig sein. Ebenso seien die Trinkwasseranschlussleitungen noch aus Eternit und – wie Jürg Stettler schon erwähnt habe – mindestens 36 Jahre alt. Im Weiteren sei der Kathodenschutz stark überaltert und funktioniere nicht mehr ausreichend. Zu ersetzen seien ebenfalls die EnteisungsfILTER, da sie sanierungsbedürftig seien, und die Entkeimungs- und Desinfektionsanlagen, da sie auch nicht genug leistungsfähig seien. Die FDP/jf-Fraktion gehe davon aus, dass nur die wirklich notwendigen Sanierungsarbeiten mit dem Verpflichtungskredit finanziert würden. Wenn wir weiterhin das schönste Flussbad von Europa benützen möchten, seien diese Massnahmen zwingend nötig. Deshalb beantrage die FDP/jf-Fraktion, den Beschluss zu fassen, wie er in der Botschaft vorgeschlagen werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Jürg Stettler als auch Barbara Künzi verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Für die Sanierung der Leitungssysteme Bade-, Schmutz- und Trinkwasser sowie für die Anpassung und Aufrüstung der Wasseraufbereitung im Aarebad Muri bei Bern wird ein Verpflichtungskredit von CHF 730'000.00 bewilligt (inkl. MWST).

4 Motion forum betreffend Vision Bärtschihus

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) führt aus, sie wisse nicht, wer aus dem Rat geschichtlich bewandert sei und wisse, wie es zu- und hergegangen sei, als das Bärtschihus von der Gemeinde gekauft worden sei. Sie sei auch nicht dabei gewesen, habe sich aber sagen lassen, dass das forum relativ stark beteiligt gewesen sei. Dies sei vielleicht ein Grund dafür, dass dem forum das Bärtschihus besonders am Herzen liege. Es sei aber nicht der einzige Grund. Das forum sei der Meinung, dass wir mit dem Bärtschihus in der Gemeinde ein wandelndes Potenzial hätten und wir sorgfältig und überlegt damit umgehen sollten. Auch finanziell sei das Bärtschihus kein Leichtgewicht, es habe einen Gebäudeversicherungswert von knapp CHF 5 Mio. Auch aus diesem Grund sollten wir uns gut überlegen, was wir mit diesem Haus machen wollten, wie viel es uns koste und was wir zurückerhalten würden. Dies sei das Anliegen, welches die Motion versucht habe zu skizzieren und man habe etwas Schub geben wollen. Das forum sei froh, dass dadurch eine gewisse Diskussion ausgelöst worden sei. Man habe den Unterlagen entnehmen können, dass es nun ein Leitbild Bärtschihus für die nächsten 4 Jahre gebe, welches den Leistungsvertrag mit der Genossenschaft ergänze. Was noch nicht ganz geklappt habe sei, dass es eine breitere Diskussion über den Mehrwert dieses Hauses gegeben hätte, was es uns kosten solle bzw. dürfe. Sie denke an die Diskussion, die im Rahmen des ASP-Ausschusses zur Villa Mettlen geführt worden sei. Dort sei über alle Parteien hinweg der Konsens gewesen, dass eine solche Diskussion wichtig sei und dass man den Resultaten nicht vorgreifen sollte, sondern wenn man zum Schluss komme, dass es uns etwas koste, man dazu stehen und sagen sollte, dies sei es uns wert, dies sei eben der Mehrwert, von dem wir profitieren würden.

Im Fall Bärtschihus wäre es wünschenswert, dass man irgendeinmal auch die ganz breite Diskussion führen könnte. Es werde begrüsst, dass sich der Gemeinderat verpflichte, das Bärtschihus in die Legislaturziele der nächsten Legislaturperiode aufzunehmen. Das forum werde seinerseits gerne etwas dazu beitragen, dass eine breitere Diskussion ins Rollen komme. Damit erhoffe man sich auch, dass man zu Messgrössen gelange, wie man den Erfolg des Bärtschihus messen könnte, auch dies sei mit der Leistungsvereinbarung noch nicht ganz geglückt; aber dies wäre auch relativ kurzfristig gewesen. Man müsste sich überlegen, wie man den Beitrag, den das Bärtschihus für unsere Gemeinde leiste, messen wolle, auf was man achten wolle und auch, dass man etwas bessere Steuerungsmöglichkeiten erhalte und sich nicht erst im Nachhinein die Frage stelle, nach was man eigentlich Ausschau halte. In diesem Sinn danke das forum dem Gemeinderat für seine Antwort und für die Aufnahme des Postulatanliegens. Das forum habe sich gefreut, dass die Überlegungen, welche die Motion angestellt habe, ins Leitbild Bärtschihus eingeflossen seien. Die forum-Fraktion sei mit der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat einverstanden.

Reto Lauper (SVP) führt aus, der Vorstoss sei wohlwollend und gut gemeint und die gemeinderätliche Antwort sei gut und korrekt. Die SVP-Fraktion werde dem Antrag auf Überweisung des Vorstosses als Postulat zustimmen. Als Mitglied der Verwaltung des Bärtschihus möchte er hier gerne einige Ausführungen machen. Als im Zug der ASP der Leitungsvertrag gekündigt worden sei, habe dies zur Folge gehabt, dass innerhalb der Verwaltung sehr viele Diskussionen entstanden seien. Man habe an manchen Abenden intensiv und lange darüber diskutiert, wie es mit diesem Haus weitergehe. Man habe das Betriebskonzept, welches seit 30 Jahren einwandfrei und zur vollen Zufriedenheit aller bestanden habe, detailliert auseinandergenommen, analysiert und geschaut, in welche Richtung es gehen solle. Zusammen mit der Gemeinde, zusammen mit den Vereinen, die das Haus benützen würden und zusammen mit den Genossenschafterinnen und Genossenschaffern seien Ziele definiert worden. Man habe ein Leitbild definieren dürfen und vor allem habe man einen Fixstern definiert, eine Vision, wohin man mit diesem Haus wolle. Es habe eine kleine Elefantenrunde gegeben, für welche man alle Vereinspräsidenten an den Tisch geholt und ihnen die Vorschläge unterbreitet habe. Er glaube, man habe eine gute Vision, ein gutes Leitbild gefunden. Das Ziel sei gewesen – und dieses habe jetzt umgesetzt werden können –, das Haus innerhalb kürzester Zeit mit einem Betriebskonzept um 20 bis 30 Jahre nach vorne zu schieben.

In der Stellungnahme des Gemeinderats seien korrekterweise gewisse Sachen aufgeführt, die bereits umgesetzt worden seien. Er wolle auf einige hinweisen:

- Der neue Leiter, welcher per 1. Oktober 2016 seine Arbeit aufgenommen habe, sei engagiert und motiviert.
- Das Bärtschihus habe tatsächlich den Weg in die sozialen Medien gefunden. Durch den neuen Webauftritt hätten bereits Dauervermietungen an Externe vorgenommen werden können, die das ganze Jahr einen Raum wollten und bereits in kleinere bauliche Massnahmen (wie z.B. das Streichen von Wänden) investiert hätten.
- Der Name bzw. die Postanschrift sei Freizeit- und Begegnungszentrum und man wolle zukünftig "*Begegnungszentrum*" etwas "pushen". D.h., man komme nicht hinein, habe seine Kursveranstaltung, gebe den Schlüssel ab und gehe heim, sondern man komme, brauche den Raum und verweile noch etwas; nehme noch ein Bier, einen Kaffee, ein Mineral und einen Nussgipfel.

Man "lebe" also etwas mehr in diesem Haus und er sei überzeugt, dass dies klappen werde. Ein wenig bildlich gesprochen: Man sei einmal aus dem Wagen ausgestiegen, der seit 30 Jahren das Bärtschihus sei und habe einen Schritt zurück gemacht. Man habe den grossen Service an diesem Fahrzeug ausgeführt, habe einen neuen, jungen, engagierten, motivierten Motor eingebaut und habe es in Richtung des vorher erwähnten Fixsterns ausgerichtet. Man habe den Wagen gestartet und er sei nun am Laufen.

In der gemeinderätlichen Stellungnahme sei erwähnt, dass ein Grossteil – namentlich drei – der bisherigen Mitglieder der Verwaltung aufgehört hätten bzw. aufhören würden. Deren Ziel sei gewesen, an diesem Karren zu reissen, bis der Leitungsvertrag unterschrieben sei. Dies sei nun der Fall; man habe die Vision Leitbild, den Wagen, eine neue Leitung. Es würden viele Erfahrungsjahre damit verloren gehen. Er sei überzeugt, dass in diesem Saal mit den vielen Volksvertreterinnen und Volksvertretern der/die eine oder andere zu finden sei, der/die daran interessiert wäre, das Vereins- und Freizeitleben der Gemeinde aktiv mitzugestalten und in dieser Verwaltung mitzumachen. Das Haus habe brutal viel Potenzial und dieses werde nun "gepusht". Melden könne man sich gerne bei ihm oder beim Präsidenten der Genossenschaft, Marc Loosli.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen aller für das Engagement für das Bärtschihus.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Patricia Gubler bedankt sich bei Reto Lauper und bei Gabriele Siegenthaler Muinde für ihre Voten. Sie wolle in ihrem Namen und im Namen des Gemeinderats vor allem auch der Verwaltung ganz herzlich danken. Es sei ein strenges Jahr gewesen, man sei einige Male zusammengesessen. Man sei aber auf gutem Weg und das Schiff sei auf Kurs; sie sei stolz aufs Bärtschihus.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat forum betreffend Vision Bärtschihus wird überwiesen.

5 **Postulat Raaflaub (FDP); Littering in der Gemeinde; Zwischenbericht**

Die Vorsitzende übergibt die Sitzungsleitung für dieses Traktandum an den Vizepräsidenten.

Der Vizepräsident orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Ruth Raaflaub (FDP) bedankt sich für den vorliegenden Zwischenbericht und für das Aufnehmen der einzelnen Probleme, denen nachgegangen werde.

Beat Schneider (SP) bedankt sich dafür, dass den Auswüchsen des Litterings Paroli geboten werde, indem Aufklärungsarbeit geleistet werde bei denjenigen, die den Abfall an öffentlichen Orten deponieren würden. Er habe sich noch einen Punkt überlegt: Es gebe eigentlich einen Grund, weshalb es jeweils am Mittag im Sommer so viel Abfall in der Gemeinde gebe. Es sei beliebt, sich bei Take-Away's zu verpflegen. Dort erhalte man das Essen in Wegwerfverpackungen bzw. -geschirr, welches kurz nach dem Essen irgendwo entsorgt werde. Die Ursache liege also nicht zuletzt bei denjenigen, welche die Nahrungsmittel in Wegwerfverpackungen verkaufen würden. Wenn man Feste oder Festivals in Bern und anderswo besuche sei es Usus, dass recycelbares oder wiederverwendbares Geschirr gegen ein Depot verwendet werde, welches bei Rückgabe zurückerstattet werde. Seine Anregung sei, dass man sich bei der weiteren Bearbeitung dieses Postulats auch solche Gedanken machen sollte.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Daniela Pedinelli verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Vom Zwischenbericht zum Postulat Raaflaub (FDP) betreffend Littering in der Gemeinde wird Kenntnis genommen.

Der Vizepräsident übergibt die Sitzungsleitung wieder an die Vorsitzende.

6 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen

Christian Staub erklärt, die FDP/jf-Fraktion habe ihn gebeten, etwas zum Stand ihrer dringlichen Motion betr. Fussgängerstreifen zu sagen. Dies mache er gerne. Er könne mitteilen, dass ein Gespräch zwischen Daniel Arn, Motionär, Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr und ihm stattgefunden habe. Man habe eine Auslegeordnung gemacht und sich darüber unterhalten, wo allenfalls ein Spielraum bestehe und habe allfällige Orte definiert. Man habe auch über die Vorgehensweise gesprochen und festgestellt, dass die Hürden bei der Umsetzung nicht einfachen seien. Es "schlecke keine Geiss weg", dass verschiedene rechtliche Fragen noch zu klären seien. In der Zwischenzeit sei ein Rechtsgutachten zur Frage der Haftung in Auftrag gegeben worden. Angenommen es werde ein Fussgängerstreifen in einer Tempo 30-Zone angebracht und es passiere etwas, ob dann die Gemeinde haftbar wäre. Im Moment liege das Gutachten noch nicht vor. Der Rat werde darüber ins Bild gesetzt, sobald es eingetroffen sei und man gesehen habe, in welche Richtung es gehe. Ein weiterer Punkt sei, dass man ein zweites "Visi Speed" (Anzeigekasten) gemietet habe. Wir hätten ja schon ein solches Gerät, welches jedoch bereits etwas in die Jahre gekommen sei und vermutlich demnächst ersetzt werden müsse. Mit den beiden Geräten hätten wir eine grössere Möglichkeit, auf die Geschwindigkeiten an den neuralgischen Orten hinzuweisen. Es seien sehr wenige, welche über den Tempolimiten fahren würden. Vor allem habe es keine Ausreisser, von denen man sagen müsste, sie seien extrem. Dies sei im Moment der Stand der Dinge. Man suche nach Lösungen, die man dem Rat dann präsentieren werde. Fussgängerstreifen in den Tempo 30-Zonen seien kein einfaches Thema.

Label "Energiestadt"

Daniela Pedinelli erklärt, sie habe die erfreuliche Mitteilung, dass das Audit Label "Energiestadt" erfolgreich über die Bühne gegangen sei. Die Befragung durch den Experten habe über eine Stunde gedauert; er habe sehr umfangreiche Unterlagen seitens der Verwaltung gehabt. Sie danke den Leuten der Verwaltung an dieser Stelle ganz herzlich für die sorgfältige Aufbereitung der Unterlagen. Der Experte sei sehr zufrieden gewesen und habe gesagt, er werde dem zuständigen Komitee die Zertifizierung beantragen. Die offizielle Zertifizierung erfolge am 16. Dezember 2016; Ort und Zeit würden noch bekanntgegeben.

Sie habe zudem eine Mitteilung in eigener Sache: Die SP-Fraktion offeriere heute Abend das Apéro. Sie bitte die Ratsmitglieder, Brot zu schneiden, Flaschen zu öffnen und sich zu bedienen. Das Dienstpersonal sei heute nicht so aktiv. Nun werde Raphael Racine noch eine kleine Mitteilung für sie übernehmen.

Raphael Racine (SP) führt aus, er habe etwas ganz Unpolitisches. Die SP habe ihr 100-jähriges Jubiläum in Gümligen mit verschiedenen Festlichkeiten gefeiert. Den Schlusspunkt bilde nun am 5. November 2016 die Preisverleihung des Schreibwettbewerbs, wozu alle herzlich eingeladen seien. Von mehr als 20 Einsendungen seien 5 nominiert worden und diese Autoren würden ihre Texte vorlesen. Er fordere Kulturinteressierte und Bücherliebhaber auf zu kommen, es gebe anschliessend noch ein Apéro. Der Anlass finde im Bärtschihus statt und lasse sich gut mit demjenigen des forums kombinieren. Man könne sehr gut am 5. November um 17.00 Uhr zuerst für die Kultur ins Bärtschihus kommen, die Disco des forums gehe ja bis 24.00 Uhr.

Spende an die Glückskette

Thomas Hanke erklärt, er komme zurück zum Traktandum 6, Informationen des Gemeinderats. Der Gemeinderat habe beschlossen, für die Opfer des Hurrikans Matthew via Glückskette CHF 5'000.00 zur Verfügung zu stellen.

7 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Die Vorsitzende bedankt sich bei der SP-Fraktion ganz herzlich für das Organisieren und Spenden des heutigen Apéros.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Ruth Raaflaub Anni Koch

Der Vizepräsident:

Walter Thut